

Landeshauptstadt Stuttgart
Der Oberbürgermeister
GZ: OB 1207-00

Stuttgart, 14.03.2017

Beantwortung zur Anfrage

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktionen AfD-Gemeinderatsfraktion
Datum 27.04.2016
Betreff Unfallschwerpunkte entschärfen!

Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Die Verkehrssicherheitsarbeit hat in der Landeshauptstadt Stuttgart nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert.

Dabei zeigen die in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen positive Wirkungen. Bei der Interpretation der leicht gestiegenen Unfallzahlen sind hingegen auch die sehr hohen Verkehrsmengen bei allen Verkehrsarten sowie zahlreiche (Groß-) Baustellen zu berücksichtigen. Auch der zunehmende Radverkehr ist unter ständiger Beobachtung, die Unfallentwicklung ist hier aber bisher unauffällig.

Ein Unfallschwerpunkt bzw. eine Unfallhäufungsstelle (UHS), wie sie zwischenzeitlich genannt wird, ist eine Örtlichkeit, mit mehr als fünf gleichartigen Unfällen in einem Jahr. Aufgrund der nicht immer offensichtlichen Unfalllage zieht sich die Bearbeitung häufig über Jahre hinweg. Nach einer detaillierten Ursachenfeststellung werden Maßnahmen in Abstimmung mit anderen Ämtern getroffen. Die Wirkung dieser Maßnahmen wird kontrolliert, beobachtet und ggf. nachgebessert. Eine jahresbezogene Bezifferung der Ergebnisse ist daher schwierig.

In den letzten Jahren wurden von der Polizei ca. 100 UHS pro Jahr genannt. Davon wurde ca. die Hälfte jährlich intensiv bearbeitet. Dies beinhaltet eine ausführliche Aufarbeitung der Unfälle, tabellarische Auswertungen, Ortstermine, ausführliche Recherchen bezüglich Baustellen und anderen möglichen Einflussgrößen sowie Vorschläge von Lösungsmöglichkeiten. Die übrigen UHS werden anhand der Unfallstatistiken der Polizei ausgewertet und dort getroffene Maßnahmen überprüft.

Besonders komplexe UHS werden in der Unfallkommission unter der Federführung der Straßenverkehrsbehörde zusammen mit dem Tiefbauamt, dem Amt für Stadtplanung und Stadtgestaltung, der SSB, der Polizei und ggf. dem Regierungspräsidium behandelt und dort nach Lösungen zur Unfallminimierung gesucht.

Dabei handelt es sich um sehr unterschiedliche Maßnahmen, von der Anordnung einzelner Verkehrszeichen, der Änderung der Signalisierung, Feststellung und Weitergabe von Fehlern in Navigationssystemen, bis hin zur Umgestaltung eines ganzen Knotenpunktes, der im bisherigen Ausbauzustand den heutigen Verkehrsmengen nicht mehr gerecht wird.

Beispielhaft für den letztgenannten Punkt ist die Gaisburger Brücke. Dort sind z. B. die Auffahrtsrampen so eng, dass es häufig zu Kleinstunfällen mit abgerissenen Spiegeln kommt. Trotz optimierter Signalprogramme und veränderter Verkehrsführung auf der Brücke selbst kann die Situation - aufgrund des zu hohen Verkehrsaufkommens - nicht grundlegend verbessert werden. Letztlich wäre hierfür ein aufwändiger Ausbau des Knotenpunktes erforderlich.

Die Umsetzung solcher großen Maßnahmen ist nicht zuletzt von der Finanzierung abhängig. Die finanziellen Mittel müssen vom Gemeinderat freigegeben und im Haushalt in den Investitionsplan des Tiefbauamts als Baulastträger aufgenommen werden.

Dies nimmt zwangsläufig einige Zeit in Anspruch wie z. B. die Umgestaltung des Knotenpunktes Doggenburg / Am Kräherwald / Lenzhalde. Diese Planung wurde im Jahr 2013 begonnen. Haushaltsmittel wurden im Doppelhaushalt 2016/2017 vom Gemeinderat bereitgestellt. Die Umsetzung ist für 2018/2019 vorgesehen. Weitere in den nächsten Jahren geplante bauliche Maßnahmen sind z. B. der Bau einer Fußgängerampel statt des Zebrastreifens in der Herderstraße an der Einmündung Rotenwaldstraße, die Veränderung der Signalprogramme an den Kreuzungen B295/Flachter / Gerlinger Straße und der Asperg- / Schwarzenberg- / Planckstraße sowie Veränderungen an den Ampelanlagen am Österreichischen Platz.

Die Signalisierung der Feinstraße an der Ausfahrt zum Österreichischen Platz, die Vollsignalisierung der Kreuzung Ulmer Str / Langwiesenweg, die Anbringung zusätzlicher Signale und Andreaskreuze an Bahnübergängen sowie der Bau vieler Z-Überwege an Stadtbahnquerungen sind bauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, die in den letzten Jahren fertiggestellt wurden.

Die steigende Tendenz der Bürgerbeteiligung bedingt, dass inzwischen zahlreiche Anregungen z. B. in Form von Gelben Karten eingehen. Die Straßenverkehrsbehörde ist verpflichtet, den als Unsicherheiten empfundenen Darstellungen nachzugehen. Die genannten Sachverhalte werden daher geprüft und erforderlichenfalls Maßnahmen in die Wege geleitet. Weitergehende Anregungen fließen in laufende Planungsprozesse ein.

Fachbeiträge zur Unfallbeseitigung werden nicht nur von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt), sondern auch vom GDV, dem ADAC, der DEKRA, der Bundesverkehrswacht etc. veröffentlicht. Alle diese Publikationen werden dahingehend ausgewertet, ob sich daraus Erkenntnisse zur Unfallbeseitigung in Stuttgart ableiten lassen.

Fritz Kuhn

Verteiler
<Verteiler>